

Schriftlicher Bericht
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(17. Ausschuß)
über die von der Bundesregierung zur Unterrichtung
vorgelegten Vorschläge der Kommission der EWG für
eine Verordnung des Rats über die allgemeinen Regeln für
die Gewährung der Erstattungen bei der Ausfuhr von Zucker
nach dritten Ländern
eine Verordnung des Rats über die Regeln für die vorherige
Festsetzung von Abschöpfungsbeträgen für Getreide
— Drucksache V/1850 —

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Effertz

Die vorliegenden Vorschläge der EWG-Kommission wurden mit Schreiben des Herrn Präsidenten vom 12. Juni 1967 dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen.

Bei der ersten Verordnung betr. Zucker, werden die drei Verfahrensarten für die Ausfuhr von Zucker geregelt, die den wirtschaftlichen Interessen entsprechen. Bei der Verordnung handelt es sich um die Regelung für die Ausfuhr von Zucker und nicht von zuckerhaltigen Erzeugnissen. Die Verfahrensarten sind:

1. Die Erstattung für den Tag der Ausfuhr;
2. Verfahren der Vorausfestsetzung;
3. Verfahren der Ausfuhrausschreibung.

Der Ausschuß erhob gegen die Verordnung keine Bedenken und nahm sie zur Kenntnis.

In der zweiten Verordnung werden die Regeln für die vorherige Festsetzung von Abschöpfungsbeträgen für Getreide festgelegt. Ebenso wie die im Jahre

1962 zur schrittweisen Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Getreide erlassene Verordnung Nr. 19 des Rats der EWG (Getreide), läßt auch die ab 1. Juli 1967 anzuwendende gemeinsame Marktorganisation für Getreide die vorherige Festsetzung von Abschöpfungen für spätere Einfuhren zu. Damit sollen die Dispositionen des Getreideimporthandels erleichtert werden. Andererseits darf aber die vorherige Festsetzung von Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide aus dritten Ländern nicht zu Preisunterbietungen auf den Binnenmärkten der Gemeinschaft führen. Deshalb soll eine bei der Vorausfixierung der Abschöpfung festzusetzende „Prämie“, die Teil der Abschöpfung ist, die unterschiedlichen Weltmarktpreise ausgleichen, wenn der cif-Preis für Terminkäufer niedriger ist als der cif-Preis im Zeitpunkt der Vorfixierung. Anwendung und Ausmaß der hiernach vorgesehenen Prämie sind der wesentliche Inhalt dieser Vorlage.

Der Ausschuß erhob auch gegen diese Verordnung keine Bedenken und nahm sie zur Kenntnis.

Berlin, den 21. Juni 1967

Dr. Effertz
Berichterstatte

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
die Vorschläge der Kommission der EWG — Drucksache V/1850 — zur Kenntnis zu nehmen.

Berlin, den 21. Juni 1967

**Der Ausschuß für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

Bauknecht
Vorsitzender

Dr. Effertz
Berichterstatler